

Abg. Scharnhorst bat zu erläutern, vor welchem Hintergrund die Aussage, das neue Untersuchungsinstitut könne die Aufgaben auch wirtschaftlicher erledigen, zu verstehen sei. Nach dem, was er den Vorlagen habe entnehmen können, ergebe sich für den Rhein-Sieg-Kreis bis 2016 eine 34%ige Steigerung der Kosten je Einwohner, im Gesamtdurchschnitt aller Beteiligten aber nur eine Steigerung von 6%, weshalb sich die Frage stelle, warum der Rhein-Sieg-Kreis im Vergleich zu Anderen im Laufe der Zeit deutlich mehr zahlen müsse, als heute.

Frau Waibel erklärte, es sei sicherlich richtig, dass der Rhein-Sieg-Kreis in einigen Jahren mehr zahlen müsse, als im Jahr 2010, jedoch ergebe sich die Wirtschaftlichkeit der Beteiligung an dem neuen Untersuchungsinstitut aus der Betrachtung der vorhandenen Alternativen. Derzeit würden für die Lebensmittelproben die Dienstleistungen des Untersuchungsamtes der Stadt Bonn in Anspruch genommen, was zukünftig aber nicht mehr möglich sei, weil sich die Stadt Bonn in jedem Fall an dem neuen Institut beteilige. Es bleibe als Alternative also nur, Kunde der neuen Einrichtung zu werden. In diesem Fall wären die zu zahlenden Preise sicher in keinem Fall geringer als die in der Vorlage ausgewiesenen, als Mitträger der Einrichtung zu entrichtenden Preise. Die Preissteigerung für den Rhein-Sieg-Kreis ergebe sich daraus, dass der Kreis im Vergleich mit Anderen seine Proben heute zu deutlich günstigeren Preisen untersuchen lassen könne. Entsprechend ergebe sich am Durchschnitt gemessen auf der Zeitschiene eine relativ hohe Preissteigerung. Darüber hinaus sei zu bedenken, dass in der vorliegenden Kalkulation noch keinerlei Synergieeffekte, mit denen in der zukünftigen gemeinsamen Einrichtung aber gerechnet werden könne, berücksichtigt seien.

Der Finanzausschuss fasste sodann folgenden Beschluss: